

Die Lebensmittelversorgung Deutschböhmens und die Kohlen- und Lederzuweisung.

Von Reichsratsabgeordneten Vinzenz Kraus.

Es mag in der heutigen Zeit ein etwas eigenes Unterfangen sein, wenn ich, während die allgemeine Neuordnung des früheren Oesterreich vorgenommen wird, über eine wirtschaftliche Frage spreche, allerdings eine wirtschaftliche Frage, die für mein engeres Heimatland Deutschböhmen ungeheuer wichtig ist, über die Lebensmittelversorgung. Ich möchte meine Ausführungen damit beginnen, daß ich eine Entschlebung erwähne, die mir von der Bezirksvertretung in Saibba übermittelt worden ist, einen Notschrei ganz Deutschböhmens. In dieser Entschlebung heißt es: Seit dem Frühjahr hungert unsere Bevölkerung. Von März bis September konnte kein Mehl verabfolgt werden, von Mai bis September war die Bevölkerung auf das halbe Brot angewiesen. Die Kartoffelkarte ist bis heute nicht eingeführt und den Gemeindeführern ist es nicht einmal möglich, eine Menge von anderthalb Mito Kartoffel für die Woche und den Kopf zur Verteilung zu bringen. Noch ungünstiger ist die Verteilung an Butter und Fett und es sind wenig Gemeindeführer, die innerhalb 14 Tagen auch nur ein Defizit Butter oder Fett für den Kopf an die Bevölkerung verteilen können. Unter diesen Verhältnissen greift die Hungerwasserkrise immer weiter um sich und macht erschreckende Fortschritte.

Ich möchte meine Ausführungen nun nicht allein der Lebensmittelfrage, sondern auch der Kohlen- und der Lederzuweisung widmen. Seit die Kohlenverteilung vor einigen Monaten vom Ministerium für öffentliche Arbeiten der Statthalterei in Prag übertragen wurde, ist die ganze Kohlenversorgung vollständig zum Stillstand gekommen, weil selbstverständlich die Kohlenverteilung wiederum einem tschechischen Referenten, dem Bezirkshauptmann K e h a l, überwiesen wurde. Es fehlt in allen unseren Familien an Hausbrandstoffe, die Industrie sowie die Bekleidungsindustrie und -industrie stehen ohne Kohle da. Im ersteren Fall hätte durch den Export eine Besserung unserer Saluta eintreten können und die Zuweisung von Kohle an die Bekleidungsindustrie wäre gewiss in der jetzigen Zeit von der allergrößten Bedeutung. Seit Monaten konnten wir in Deutschböhmen Kohle bloß aus der sogenannten Sonntagsförderung erhalten — im Volksmund wurde diese Sonntagsförderung W u c h e r k o h l e genannt — und es war Kohle allerdings nicht im legalen Weg, sondern im Schleichhandel zum Preise von 20 bis 25 K. zu haben. Nun erfahren wir, daß die Zuweisung von Kohle von Seiten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten nicht so gering ist, wie dies eigentlich der Verteilung entsprechen würde. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat mitgeteilt, daß die Belieferung Böhmens ungefähr 61,9 v. H. von jener Menge betrug, welche wir eigentlich nach den Vorschriften des Ministeriums hätten erhalten sollen. Nun aber steht diese zugewiesene Kohlenmenge in einem himmelschreienden Gegensatz zur tatsächlichen Belieferung.

Deutsch-Cabel z. B. hat vom 15. Mai bis 15. September, also in einem Zeitraum von vier Monaten bloß einen einzigen Waggon Kohle bekommen. Die gleichen Verhältnisse sind in Hirschberg und Dauba, Dasselbe trifft für Oberhennersdorf zu, welches überhaupt seit dem Frühjahr keine Kohle erhalten hat. Dasselbe ist in Zwidau, einer Stadt von über 6000 Einwohnern, welche in der angegebenen Zeit von drei bis vier Monaten lediglich zwei Waggon Kohle zugewiesen erhielt. Und noch ein weiteres Beispiel. Die Stadtgemeinde Böhmisch-Teplitz mit ungefähr 13.000 Einwohnern, hat im Laufe von vier Monaten bloß zwei Waggon zugewiesen erhalten und wenn wir jene Menge in Berechnung ziehen, welche nach den Angaben des Ministers für öffentliche Arbeiten Böhmen zugewiesen wurde, so hätte diese Stadtgemeinde eigentlich 42 Waggon erhalten müssen, während die Zuweisung von Seiten der Statthalterei bloß zwei Waggon betrug. Da müssen wir uns fragen, wo denn diese Kohle, die für Böhmen bestimmt war, hinkommen ist?

Ein weiterer Punkt, den ich besprechen will, betrifft die Lederzuweisung. Wie war eigentlich der Vorgang bei der ganzen Lederaufbringung und Verteilung? Das Kriegsministerium hat eigene Uebernahmungskommissionen aufgestellt, die in einem Zeitraum von 14 Tagen bis vier Wochen — je nach der Größe des Betriebes — hinausgehen, die Betriebe aufsuchen und die ganzen dort fertig gemordenen Ledermengen wiegen und dann Protokolle aufnehmen. Darauf wird das ganze Leder dem Kriegsministerium zur Verfügung gestellt und dieses entscheidet dann erst, wie viel von diesem Leder — es sind ungeheure Mengen — der Zivilbevölkerung, das heißt der Lederbeschaffungs-Gesellschaft in Wien, Hegelgasse, zugewiesen wird. Diese Lederbeschaffungs-Gesellschaft nimmt dann erst auf Grund dieser Zuteilung die Verteilung des Leders an die einzelnen Länder, beziehungsweise an die Handels- und Gewerbelammern vor. Es ist selbstverständlich, daß diese geringen Mengen, die das Kriegsministerium für die Zivilbevölkerung frei gibt, dem tatsächlichen Bedarfs nicht entsprechen. Wir haben unlängst in den Zeitungen gelesen — es wurde in der Bevölkerung mit Jubel aufgenommen —, daß die Militärverwaltung 100.000 Kilogramm Leder für den Zivilbedarf freigegeben hat. Es müßten jedoch so große Zuwendungen von je 100.000 Kilogramm erfolgen, bis auf den Kopf der Bevölkerung bloß ein Paar Schuhsohlen entfallen würden. Mit diesen Worten will ich bloß den Weg zeigen, wie es möglich ist, der Zivilbevölkerung wirklich Leder zuzuführen. Der einzig mögliche Weg ist der, daß wir von der Kriegsverwaltung, vom Minister für Landesverteidigung Ausschluß darüber verlangen, wie groß die Mengen von Leder sind, die in den staatlichen Anstalten durch die Militärverwaltung in Anspruch genommen werden, wie groß die Vorräte sind, wie groß der jährliche Verbrauch bei allen militärischen Anstalten ist und dann aber auch weiters, wieviel Leder in den Jahren 1916, 1917 und 1918 für militärische Zwecke in Anspruch genommen wurde. Wenn uns die Heeresverwaltung entsprechende Aufschlüsse gegeben hat, dann können wir beurteilen, ob es wirklich notwendig ist, daß die Kriegsverwaltung so unendliche Mengen Leders für sich in Anspruch nimmt und wir können weiters verlangen, daß ein ganz bedeutend erhöhter Hunderthsatz gegenüber jetzt von Seiten der Kriegsverwaltung der Zivilbevölkerung abgetreten wird. Bei diesen großen Zuwendungen an die Heeresverwaltung — sie gehen ins Unendliche — ist es bedauerlich, daß Soldaten bei manchen Truppenteilen sogar gezwungen sind, sich ihr Schuhwerk selbst beschaffen zu lassen, wenn sie hinreichend vor Kälte und Nässe geschützt sein wollen.

Daß nicht alles richtig ist, was in der Kriegsverwaltung vorgeht, möchte ich auch an der Hand eines Beispiels erklären. Ich bin weit davon entfernt, als Deutscher die Heeresverwaltung deswegen anzugreifen, ich will bloß Unbefriedigendes, die sich tatsächlich ergeben haben und jedenfalls heute noch bestehen, mit wenigen Worten anführen.

Vor ein und zwei Jahren wurden von Seiten der Schüler in allen Schulen Viebesgaben für unsere Soldaten im Felde herbeigeholt und sind zur Abgabe gelangt. Es wäre richtig gewesen, daß diese Viebesgaben diesem Zwecke auch voll und ganz zugeführt worden wären. Nun habe ich hier Fußnoten. Dieselben sind von der Schülerin einer Wiener Schule des 12. Bezirkes herbeigeholt worden, und zwar von Marie Hauszma, dann weiters von Anni Amoral und von einer weiteren Schülerin, die gleichzeitig eine Feldpostkarte des Inhaltes beigelegt hat: „Herzliche Grüße in das Feld sendet Marie Trentoth, 12. Bezirk, Kobergasse 5.“ Welchen Weg haben diese Viebesgaben, die für unsere Soldaten im Felde bestimmt waren, genommen? Sie wurden einem Kriegsgefangenenlager zugewiesen und in diese Kriegsgefangenenlager wurden diese betreffenden Waren gegen Geld an die russischen Kriegsgefangenen abgegeben.

Ich komme nun wohl zu der wichtigsten Angelegenheit, die ich zu besprechen habe, zur Lebensmittelversorgung Deutschböhmens. Ich verweise auf die dringliche Anfrage, die von deutschradikaler Seite im November des Vorjahres und im Juli 1918 an den Ministerpräsidenten gerichtet wurde. Es ist wohl bezeichnend, daß diese letztere dringliche Anfrage vollinhaltlich, selbst der Kopf der Anfrage, von der reichsrätlichen Zensur beschlagnahmt wurde, so daß in die breite Öffentlichkeit von dieser Anfrage, in welcher wir die trüben Lebensmittelverhältnisse Deutschböhmens besprochen haben, überhaupt kein Wort gelangt ist. Begründet wurde dieser Schritt damit, daß, wenn diese Anfrage der breiten Öffentlichkeit und damit den feindlichen Mächten zur Kenntnis gelangt wäre, die feindlichen Mächte über unsere Verhältnisse unterrichtet würden, als ob nicht gerade von der rechten Seite des Abgeordnetenhauses die feindlichen Mächte seit Jahr und Tag über alle unsere Verhältnisse hinreichend unterrichtet würden.

Als im Juli d. J. die dringliche Anfrage im Parlament gestellt wurde, war jedenfalls noch Zeit gewesen, mit harter, aber auch unbeugbarer Energie, die tschechischen Landwirte an ihre Ablieferungspflicht zu erinnern. Das ist aber nicht geschehen. Und nun will ich anführen, wie die Deutschen und die Tschechen Landwirte in Böhmen ihrer Ablieferungspflicht nachkommen sind.

Ich stelle da den Ablieferungsverhältnissen in den Jahren 1915 die Ablieferung des Jahres 1917 entgegen. Da finden wir beispielsweise, daß im Jahre 1917 16 Bezirke in Böhmen waren, die mehr Weizen als im Jahre 1915 abgeliefert haben. Von diesen 16 Bezirken waren eigenlich 6 deutsch, 7 gemischtsprachig und bloß 3 tschechisch. Dieser Vergleich ist um so drastischer, weil es ja allgemein bekannt ist, daß ein Teil Deutschböhmens entlang den Höhenzügen liegt, daß das Klima des Landes Deutschböhmens überhaupt öfter ein Hindernis der Ernte nicht zuläßt. An der Spitze dieser Mehrablieferung steht allerdings ein tschechischer Bezirk Masim. Die Mehrablieferung dieses Bezirkes ist aber eine bloß scheinbare, weil der Bezirk Masim im Jahre 1915 3325 Meterzentner abgeliefert, 1916 aber das Sechsfache von dem, nahezu 21.000 Meterzentner. Diese Menge ist nun im Vergleich zu dem Jahre 1916 in dem Bezirk Masim um 70 v. H. zurückgegangen.

Wir haben Bezirke, die eine Unterlieferung bis zu 20 v. H. aufweisen und zu diesen gehören acht deutsche, vier gemischtsprachige und vier tschechische Bezirke: von 21 bis 30 v. H. haben weniger abgeliefert acht deutsche, zwei gemischtsprachige und zwei tschechische Bezirke. In einer 31 bis 40prozentigen Minderablieferung sind beteiligt elf deutsche, neun tschechische und drei gemischtsprachige Bezirke. Bis zu diesen Hundertsätzen standen immer die deutschen Bezirke an Zahl an der Spitze dieser Minderablieferung; und nun bei der Minderablieferung in der Höhe von 41 bis 50 v. H. sehen wir auf einmal ein mächtiges Emporschießen der tschechischen Bezirke. So stehen an der Spitze zwölf tschechische, dann kommen vier gemischtsprachige und zwei deutsche Bezirke. Bei der Minderablieferung in einer Menge von über 50 v. H., also über die Hälfte gegenüber dem Jahre 1915 finden wir, daß von den 34 tschechischen Bezirken, die wir in Böhmen haben, 23 sich unter diesen befinden, gegenüber einem gemischtsprachigen und zwei deutschen Bezirken; dabei ist bei den zwei deutschen Bezirken ein hochgelegener Erzgebirgsbezirk dabei, der selbstverständlich an dieser Minderablieferung keine Schuld tragen kann.

In diesen 23 tschechischen Bezirken, die bloß die Hälfte abgeliefert, gehören die besten, blühendsten Bezirke des Landes, so Kumburg, Pardubitz, während sogar der Bezirk Melnik 56 v. H., Mauditz 57 v. H., Benschau 65 v. H., Bistitz 68 v. H., Prábram 70 v. H. und Selau 77 v. H. weniger Weizen im Jahre 1917 aufgebracht haben als im Jahre 1915. Wenn wir aber Bezirke des Landes vergleichen, die beieinander gelegen sind, so können wir zu folgenden Ergebnissen kommen. Auf der einen Seite die Bezirke Saaz, Brüx, Schlan und Laun. Die ersten beiden sind deutsche Bezirke, die eine Minderablieferung von 12 v. H., beziehungsweise 33 v. H. aufzuweisen hatten, während die benachbarten tschechischen Bezirke bei der gleichen Bodenbeschaffenheit eine Minderablieferung von 42 bis 57 v. H. aufzuweisen hatten.

Ebenso ist es bei den Bezirken, die im sogenannten mittlböhmischen Tieflande gelegen sind, und zwar hatte der deutsche Bezirk Leitmeritz eine 32prozentige, dagegen Melnik eine 56prozentige, Mauditz eine 57prozentige Minderablieferung, abgesehen davon, daß diese letzteren beiden in der blühendsten Gegend von Böhmen gelegen sind. Daß aber allerdings vorliegen es die Landwirtschaft der tschechischen Teile Böhmens, wenn es sich um Grundbesitzerablieferungen handelt, durch Unterhütung ihrer tschechischen Beamten sich den besseren Teil auszusuchen. In den deutschen Bezirken beträgt die Grundsteuerablieferung stets unter 50 v. H., während sie in den tschechischen Bezirken Böhmens weit über 50 v. H. beträgt.

Wenn wir aber diese Ablieferungsresultate über den Umfang durch die Minderablieferung in allen deutschen Bezirken und auf der anderen Seite aller tschechischen Bezirke gegenüberstellen, so finden wir das ganz Einzigartige, daß die tschechischen Bezirke im Jahre 1917 gegenüber dem Jahre 1915 um 49 v. H. die deutschen Bezirke bloß um 29 v. H. weniger abgeliefert haben.

Es lag in den tschechischen Bezirken System in der ganzen Sache. Die tschechischen Bezirke haben nicht nur seit Jahr und Tag diesen Hungertag gegen uns entsetzt. Sie haben von dem ersten Tag an gewußt, was sie mit dieser Unterlieferung bezwecken und durchzuführen wollen. Noch am 7. August d. J. war in der „Union“ in Prag der Aufruf eines Herrn Cyril Papuscha enthalten, der an alle tschechischen Bezirke gerichtet war und in welchem aufgefordert wurde, der Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Bezirke nach freunden, das heißt deutschen Gebieten mit allen Mitteln entgegenzutreten. Im Jahre 1916 war Deutschböhmen noch in der Lage, seine Lebensmittelversorgung durch seine eigene Ernte durchzuführen. Das hat sich im Laufe des Jahres 1917 wesentlich verschlechtert und ist im Jahre 1918 nahezu unmöglich geworden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil beispielsweise aus dem Bezirke Raderham viel Getreide in den tschechischen Bezirk Rokitzan geführt wurde, weil aus dem Bezirke Leitmeritz schon 200 Waggon Weizen in tschechisches Gebiet abgeschoben worden sind und weil der außerordentlich ergiebige Bezirk Mies, der eine Getreideernte von 134.000 Meterzentnern hatte, für die Versorgung des tschechischen Willen bestimmt wurde. Wenn wir auf